

Erstherst täglich
nachmitt. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis
monatlich 60 Pfennig frei
im Hause, durch die Post
bezogen monatlich
1,60 Mk. ohne Beleggeb.

„Die Neue Welt“
(Inhaltsverzeichnis),
monatlich 10 Pfennig.

Verantwortl. Schriftf. Hr. 985.
Verlagsort: Halle a. S.,
Postfach Nr. 1047.



Anzeigengebühr
betragt für die Gasplatten
Kolonnensätze od. deren Raum
20 Pfennig,
für auswendige Anzeigen
25 Pfennig,
Anzeigen anderer Art
bis Seite 70 Pfennig.

Anzeigen
für die fällige Nummer
müssen spätestens bis vor-
mittags halb 10 Uhr in der
Redaktion eingekommen
sein.

Eintragungen in die
Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Haupt-Geschäftsstelle: Barz 42/3. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. u. Schriftleitung: Barz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/3 Uhr mittags.

Steuerung u. Agrarwucher.

Es bleibt bei der Steuerung; das ist das Resultat der Verhandlungen der vom Reichstage eingesetzten Steuerungskommission. Statt irgendwelche entscheidenden Mittel zur wirklichen Bekämpfung der Steuerung in Anwendung zu bringen, beschränkte sich ihre Tätigkeit auf das gesetzliche Sanktionieren der von der Regierung ergriffenen völlig ungenügenden Maßnahmen. Die Vorschläge der Sozialdemokraten, die eine wirkliche Vinderung der Steuerlast bringen würden, wurden in der Kommission von allen Parteien, auch von den Fortschrittlichen, abgelehnt. Mehr noch, in dem Gesetzentwurf, dem die Kommission zustimmte, wird nichts Bestimmtes beschlossen und geboten, sondern die Regierung wird bloß ermächtigt, bis zum 1. April 1914 die Steuerhöhe für den gemeindlichen Fleischschlag der großen Städte zu ermäßigen. Alles bleibt der Willkür der Regierung überlassen; und wie sie ihre Freiheit zu benutzen gedenkt, zeigt die Antwort ihres Vertreters auf eine Frage des Herren von Bülow, daß die preussische Regierung diese Ermäßigung für Berlin schon am 31. März 1913 aufheben lassen will.

mittel teurer werden, müssen zwar die Städte mehr bezahlen, aber nur zugunsten der bäuerlichen Bevölkerung, die mehr empfangt, und ohne diese Mehrerlöse nicht existieren könnte. Nun hat schon unsere Presse wiederholt darauf hingewiesen, daß die hohen Lebensmittelpreise nur dem kleinsten Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugute kommen, nicht nur die Arbeiterklasse auf dem Lande, sondern auch die Masse der Kleinbesitzer, nur durch mehr Gebärd als gefördert. Aber in diesem Nachweis tritt der volkswirtschaftliche, wucherische Charakter der Lebensmittelerzeugung durch Zölle und Grenzsperrern noch nicht scharf genug hervor. Aufeinander haben doch auch die Mittel- und Kleinbauern Interesse an den hohen Fleischpreisen, die ihre Einkommen steigern. In Wirklichkeit kommt aber jede Zoll- und Steuerpolitik nur den Besitzern des Bodens, nicht seinen Verbrauchern zugute.

Durchführung der Reformen ist in nächster Zukunft unmöglich; aus vielen Gründen, von denen der wichtigste die Angleichung neuer Länder an Bulgarien ist. Die neuen Gebiete sind weit größer, Bulgarien wird deshalb gezwungen sein, erst für die elementarsten Bedürfnisse der neuen Gebiete zu sorgen; für Gerichtsverfassung, Verwaltung sowie auch für die Regelung der Agrarverhältnisse in Mazedonien. All dies wird viel Geld und viel Zeit kosten, und die Regierung wird mit dieser Belastung die Zurückstellung der sozialen Reformen begründen. Selbst der Druck derer, die die Sozialdemokraten sind, die die Regierung auf die Bahn sozialer Reformen drängte, dürfte nachlassen. Denn sobald der Frieden geschlossen und sobald die neuen Gebiete an Bulgarien angegliedert, wird eine Masse arbeitsloser Intellektueller und Lohnarbeiter nach Mazedonien überfließen, um dort ihr Glück zu versuchen. Das kann selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Arbeiterorganisationen in Bulgarien bleiben, die ohnedies durch den Krieg sehr geschwächt sind.

Darle, bittere Worte sind darüber gefallen; und mit Recht. Was noch so oft und unwiderleglich bewiesen sein, wie sehr die hohen der Lebenshaltung getrieben sind und welche verhängnisvollen Folgen die Internierung, die langsame, chronische Hungernot für die Massen des Volkes mit sich zieht, die Regierung kümmert sich gar nicht darum, sondern hört nur auf das Gebot der Agrarier, die bei den hohen Fleischpreisen hohe Profite machen. Aber darin liegt schließlich auch nichts Wunderbares. Wo gibt es heute in Deutschland noch einen Menschen, der in der kritischen Situation steht, die Regierung sei zum Wohle des Volkes da und denke nur daran, den Interessen der Volksmassen zu dienen? Von einer Regierung der Ausbeuten und wucherischen Klassen die Wahrnehmung der Volksinteressen zu erwarten, ist genau so widersinnig, wie von den Wölfen liebevolle Fürsorge für das Wohl der Schafe.

Das soll durchaus nicht belegen, daß die Arbeiterpolitik der herrschenden Klasse in Deutschland für sie die einzig mögliche, natürliche und vernünftige Politik wäre. Keiner kann von ihr erwarten, daß ihre Vertretung, die Regierung, die Interessen der anderen Klassen wahrnimmt, aber man könnte von ihr verlangen, daß sie die Interessen der eigenen Klassen in der besten, weitestgehenden Weise vertritt. Es liegt nicht im wirtlichen Interesse einer herrschenden Klasse, und ist daher eine gute Politik, über das Leiden, die Erbitterung und Empörung der unterdrückten Massen gleichgültig hinwegzusehen, denn dadurch wird das Fundament ihrer Herrschaft untergraben. Die große Politik wirklicher Staatsmänner hat immer darin bestanden, den großen, bleibenden Klasseninteressen, wenn nötig, die augenblicklichen beschränkten Profitinteressen der einzelnen Personen von heute zu sperren; dafür hatte sie freilich oft gegen den wütenden Widerstand der eigenen Klasse anzukämpfen. Darin hat vor allem die englische Bourgeoisie Musterbeispiel gegeben, und sie hat damit in der Tat erreicht, daß während eines ganzen Jahrhunderts gewaltiger kapitalistischer Entwicklung keine revolutionäre proletarische Bewegung entworfen konnte. Im vollen Bewußtsein dazu denken die deutschen Arbeiter nur daran, was sie von dem Verkauf ihres Volens, den unmittelbaren Profitinteressen der Junker zu erhalten; so sie mit dieser brutalen Politik die Massen immer mehr zur erbitterten Arbeiterpartei aufwecken, läßt sie gleichgültig, nach und nach die Einkünfte das ist auch ihre Politik.

Unterbreiten werden viele bestellte Magazine nach Bulgarien kommen, um hier soviel zu verdienen, daß sie später eine selbständige kleinbürgerliche Existenz in Mazedonien zu gründen, doch in Deutschland wird der Arbeitsmarkt natürlich die Konkurrenz unter den Arbeitermassen verschärfen, wird das Bewußtsein der Gemeinsamkeit der Klasseninteressen vermindern und den individuellen Kampf ums Dasein in den Vordergrund rücken. Und es ist jenen, die durch unter diesen Verhältnissen die Arbeiterorganisationen und die sozialistische Partei stark leiden müssen.

Was soll daraus nicht belegen, daß die Arbeiterpolitik der herrschenden Klasse in Deutschland für sie die einzig mögliche, natürliche und vernünftige Politik wäre. Keiner kann von ihr erwarten, daß ihre Vertretung, die Regierung, die Interessen der anderen Klassen wahrnimmt, aber man könnte von ihr verlangen, daß sie die Interessen der eigenen Klassen in der besten, weitestgehenden Weise vertritt. Es liegt nicht im wirtlichen Interesse einer herrschenden Klasse, und ist daher eine gute Politik, über das Leiden, die Erbitterung und Empörung der unterdrückten Massen gleichgültig hinwegzusehen, denn dadurch wird das Fundament ihrer Herrschaft untergraben. Die große Politik wirklicher Staatsmänner hat immer darin bestanden, den großen, bleibenden Klasseninteressen, wenn nötig, die augenblicklichen beschränkten Profitinteressen der einzelnen Personen von heute zu sperren; dafür hatte sie freilich oft gegen den wütenden Widerstand der eigenen Klasse anzukämpfen. Darin hat vor allem die englische Bourgeoisie Musterbeispiel gegeben, und sie hat damit in der Tat erreicht, daß während eines ganzen Jahrhunderts gewaltiger kapitalistischer Entwicklung keine revolutionäre proletarische Bewegung entworfen konnte. Im vollen Bewußtsein dazu denken die deutschen Arbeiter nur daran, was sie von dem Verkauf ihres Volens, den unmittelbaren Profitinteressen der Junker zu erhalten; so sie mit dieser brutalen Politik die Massen immer mehr zur erbitterten Arbeiterpartei aufwecken, läßt sie gleichgültig, nach und nach die Einkünfte das ist auch ihre Politik.

Das soll durchaus nicht belegen, daß die Arbeiterpolitik der herrschenden Klasse in Deutschland für sie die einzig mögliche, natürliche und vernünftige Politik wäre. Keiner kann von ihr erwarten, daß ihre Vertretung, die Regierung, die Interessen der anderen Klassen wahrnimmt, aber man könnte von ihr verlangen, daß sie die Interessen der eigenen Klassen in der besten, weitestgehenden Weise vertritt. Es liegt nicht im wirtlichen Interesse einer herrschenden Klasse, und ist daher eine gute Politik, über das Leiden, die Erbitterung und Empörung der unterdrückten Massen gleichgültig hinwegzusehen, denn dadurch wird das Fundament ihrer Herrschaft untergraben. Die große Politik wirklicher Staatsmänner hat immer darin bestanden, den großen, bleibenden Klasseninteressen, wenn nötig, die augenblicklichen beschränkten Profitinteressen der einzelnen Personen von heute zu sperren; dafür hatte sie freilich oft gegen den wütenden Widerstand der eigenen Klasse anzukämpfen. Darin hat vor allem die englische Bourgeoisie Musterbeispiel gegeben, und sie hat damit in der Tat erreicht, daß während eines ganzen Jahrhunderts gewaltiger kapitalistischer Entwicklung keine revolutionäre proletarische Bewegung entworfen konnte. Im vollen Bewußtsein dazu denken die deutschen Arbeiter nur daran, was sie von dem Verkauf ihres Volens, den unmittelbaren Profitinteressen der Junker zu erhalten; so sie mit dieser brutalen Politik die Massen immer mehr zur erbitterten Arbeiterpartei aufwecken, läßt sie gleichgültig, nach und nach die Einkünfte das ist auch ihre Politik.

Es sind also vergebliche Hoffnungen, wenn die Arbeiter annehmen, nach Beendigung des Krieges werde die Regierung durch Organisation von öffentlichen Arbeiten der Arbeitslosigkeit abhelfen. Dazu wären bedeutende finanzielle Mittel erforderlich. Die bulgarische Regierung wird aber, soweit die Mittel reichen, zur Vergrößerung der Armee, zum Bau von Kriegsschiffen, zur Erzeugung der verbrauchten Kriegsmaterialien verwenden.

Was kann unter solchen Umständen die sozialistische Partei tun, die einzige Vertreterin der arbeitenden Massen, die einige ernste Gegner des Militarismus in Bulgarien? Ihre Wirksamkeit wird sehr erschwert, ihre Propaganda, mindestens in der ersten Zeit nach dem Kriege, sehr unpopulär sein. Der Agitation gegen den Militarismus werden die großen Siege und die „befreiten“ Gebiete entgegengehalten werden. Und die Arbeitermassen sind vor allem von dem Wunsch befeuert, für ihre hungernden Familien zu sorgen. Schon die Tatsache, daß man vor der Mobilisierung keinen Massenprotest gegen den Krieg organisieren konnte, bezeugt deutlich die Entmutigung und Desorganisation der Arbeitermassen. Daran ist auch der Zwist der sozialistischen Fraktionen nicht wenig schuld, der lässend auf alle Massenaktionen einwirkt.

Balkan-Perspektiven.

Aus Sofia, 18. Januar, wird uns geschrieben:
Wie schwer es auch sein mag, in allen Einzelheiten die Veränderungen vorauszusagen, die der Krieg im sozialpolitischen Leben Bulgariens hervorgerufen wird, die Grundlinien dieser Veränderungen lassen sich jetzt schon klar erkennen. Die Lage, die der Krieg schaffen wird, bietet wenig erfreuliches, besonders hinsichtlich der sozialen Reformen, deren das Land so sehr bedarf.

Die Gebietsveränderung und der Zugang zum Ägäischen Meer sind also vorderhand die einzigen positiven Ergebnisse des Balkankriegs für Bulgarien. Die negativen Folgen aber sind die Verlangsamung der gesetzgebenden Arbeit im allgemeinen und der sozialen Gesetzgebung im besonderen, die Stärkung des Militarismus und der nationalen Parteien, die Schwächung der Demokratie.

Wie überall, so werden auch in Bulgarien soziale Reformen fast ausschließlich von der sozialistischen Partei gefordert. Infolge von Fraktionsstreitigkeiten war die Partei in den letzten Jahren allerdings so schwach, daß sie unmittelbaren Einfluß auf die Gesetzgebung nicht ausüben konnte, aber ihre langjährige Tätigkeit hat der Bevölkerung, besonders den arbeitenden Klassen, die Notwendigkeit und Wichtigkeit sozialer Reformen doch so tief eingegräbt, daß jede Regierung, welcher Partei sie auch angehört, gezwungen war, soziale Reformen zu verschreiben. Das hat auch die gegenwärtige Koalitionsregierung, besonders ihr linker Flügel — die sogenannten Sozialisten — getan, indem Gesetzesvorlagen über das allgemeine Arbeitsrecht, über die Gründung eines Arbeiterversicherungsvereins, über die Bekämpfung des Alkoholismus, über den Lohnvertrag, über die Fabrikhygiene usw. in Aussicht gestellt wurden. Jetzt, nach dem Kriege, wird die Stimmung zugunsten dieser Reformen zweifellos sehr stark sein. Der Handels- und Arbeitsminister sagte zwar mehr als einmal, daß die neue Lage ihn nicht zwingen könne, die vorgeschlagenen Reformen aufzugeben, aber es ist augenblicklich, daß im besten Falle diese Reformen nur auf dem Papier aufgeführt werden können. Die

Alle diese Folgen würden nicht eintreten, meint Genosse Nikola Charakoff, wenn die macedonische Frage auf eine andere Weise gelöst worden wäre, d. h. wenn man statt der Verteilung Mazedoniens unter die Balkanstaaten das ungeteilte Mazedonien selbständig gemacht hätte. Eine solche Lösung würde zu einer Kräftigung des Militarismus in den verbündeten Staaten führen und würde auch keine neuen nationalen Streitfragen schaffen. Die Angleichung der oberen macedonischen Gebiete an die einzelnen Balkanstaaten kann herrschende Wirrnis nicht beseitigen. Es ist absolut unmöglich, die Staatsgrenzen gemäß der buren ethnographischen Mazedoniens zu ziehen. Wie man auch die Grenzen ziehen mag, ein Teil der bulgarischen Bevölkerung wird Serbien zufallen, ein Teil der griechischen wird Bulgarien einverleibt werden usw., und das muß in Zukunft die nationalen Reibungen unter den Balkanstaaten nur noch mehr verschärfen. In einem selbständigen Mazedonien dagegen könnte jede Nationalität ihre Autonomie erlangen, und diese wäre zugleich der erste Schritt zu einer allgemeinen Balkanföderation. In diesem Falle gäbe es keinen Krieg und keine Zwietracht unter den verbündeten Staaten, und es gäbe auch keinen Zwist mit Rumänien, der jetzt so starke Befürchtungen erweckt.

Politische Uebersicht.

Salle a. S., den 20. Januar 1913.

Preussische Hinussagungspraxis.

Der Staatsrat teilt folgendes mit: Am Freitag wurde Genosse Dr. Gustav Ekstein, der in der Parteifolge einige Unterzeichner des Sozialismus stellte, zu dem Landrat seines Wohnortes geladen, wo ihm eröffnet wurde, daß er durch die Unterrichtsverteilung in ein Ausland zu "lästlich gemacht" hätte und die Fortsetzung des Unterrichts aus Preußen zurückgewiesen werden würde.

Das ist wieder mal ein Preussisch! Die Wissenschaft ist frei — sagt die preussische Verfassung. Die Wissenschaft ist international — erklären die preussischen Universitäten und begründen das Aufstehen der Wissenschaftler. Aber wehe der Wissenschaft, die nicht die amtliche Billigung findet! Da verstimmt die ideale Verfassungsbefehmung und an ihre Stelle tritt die reale preussische Verfassung — das diskretionäre Ermessen der Polizei. Genosse Ekstein in Wien, und so hat ja die Polizei, da es ja ein wirkliches Fremdenrecht nicht gibt, die Macht, ihn an der Ausübung seiner Berufstätigkeit zu hindern, und die Macht der Polizei ist hierzulande zugleich die Schwärze für die Freiheit der Wissenschaft.

Nur darum handelt es sich uns. Wir reden nicht davon, wie falsch es ist, wenn im Zeitalter der Ribbentropen ein Lehrer nicht zu unbedeutender Liebenswürdigkeit behandelt wird. Noch weniger von der Unterdrückung einer Wissenschaft, die natürlich für die Nation, die sie offenbar treffen will, nicht die geringste praktische Wirkung haben kann und haben wird. Denn: daß es bei uns keine Kräfte gibt, die die Geschichte des Sozialismus betragen können, wird hoffentlich auch den Lehrern dieser Schulen nicht unbekannt sein. Nein, uns handelt es sich nur um die prinzipielle Frage, um die schärfste und heiligste Anwendung der Ausweisungsbefugnis zu dem Zweck, eine bestimmte wissenschaftliche Lehre zu treffen. Denn bei den Vorträgen Eksteins handelt es sich um eine streng wissenschaftliche Darstellung der geistlichen Aufeinanderfolge der sozialistischen Lehren, die durch einen bewährten Sachmann. Und dagegen wird die Fremdenpolizei in Bewegung gesetzt! Es wäre zum Schaden, wenn es nicht so blamabel wäre, daß die brutale Polizeigewalt die Grenze wissenschaftlicher Lehre bezeichnen darf.

Gefühlene und durchschaffte Affen.

Angehörige des Geschlechtes des Herrn Debrück und des Grafen Westphal über angeblichen „Mißbrauch“ des Genossen Frischer mit geheimen Schriftstücken getrieben haben soll. Die ihm von einem Unbekannten zugehört wurden, erinnert die Hofische Zeitung sehr zu rechten Zeit an Affendiebstahl, die von illustren Persönlichkeiten begangen wurden.

Vor allem sind manche gefühlte Säpfer mit Lust und Liebe Anführer von Affendiebstählen gewesen. Von Friedrich dem Großen z. B. L. ist es:

„Der König befahl durch seine Späher zeitig genug Kenntnis von den himmelstreichenden Notizen und Entwürfen und wie er in allen ihm wichtig scheinenden Dingen praktisch durchgriff, ohne in der Wahl seiner Mittel beschränkt zu sein, die er nicht in der besten Weise vor. Die preussische Gefandte in Dresden mußte einen im dortigen Ministerium beschäftigten Angestellten Mangel beschreiben. Man schickte demselben zu wiederholten Malen aus Berlin ganze Korbene nach Schiffsreisen, bis es gelang, die Verhältnisse im geheimen schaffischen Staatsarchiv zu öffnen, wo die eingehenden Dokumente aufbewahrt wurden, von welchen der Gefandte dann fünf Abschriften erhielt. Mehrere Jahre lang erhielt der König auf diese Weise von allen Vorgängen Nachricht, wie er das selbst mummunden erzählte. ...“

Ferner wird an die Depeschenheftlinge erinnert, die in der Reaktionstiefe gegen den Generaladjutanten v. Glerach ge-

gangen wurden: ein Hütchenhüter und Polizeispion wurde angeklagt, dem General aus dem Schreibischen Briefe und Depeschen zu stehlen, die ihn kompromittierten. Anführer waren der Generalpolizeidirektor v. Pindely und der Minister v. Mantuffel.

Sehr nett sind auch folgende Stellen aus Briefen vom 13. März. Am 18. Mai 1851 schreibt er an seine Frau:

„... lieber Gott! und einzelne Personen kann ich dir nicht viel schreiben, weil die meisten Briefe geöffnet werden. Wenn sie Deine Adresse auf meinen und Deine Dank über Deinen Briefen erst kennen, werden sie sich wohl begeben, da sie nicht Zeit haben, Familienbriefe zu lesen.“

Verzeih nicht, wenn Du mir schreibst, daß die Briefe nicht bloß von mir, sondern von allen hand Postspionen gelesen werden, und lobst nicht so sehr gegen einzelne Personen darin; denn das wird alle sofort wieder an den Mann gebracht und auf meine Rednung geschrieben. ... Wenn die ... und andere Leute in unserem Lager Nichtswarmer finden können, so erreichen sie damit einen der Hauptzwecke ihrer Vrediebligkeit. ...“

Man könnte die Beispiele selbstig vermehren. Das lobst es wirklich nicht, daß es ja eine bestimmte Tugend ist, daß die Regierungen auch heute Hunderttausende, ja Millionen ausgehen für Spionage im In- und Auslande. Die „moralische Entrückung“ sieht daher den Vertretern der Regierung und ihren Trögen über all. Der Sozialdemokratie fällt es gar nicht ein, systematisch sich um Geheimnisse ihrer Gegner zu bewerben, aber Schriftstücke, die uns „auf den Tisch fliegen“ und geeignet sind, Mäxereien, die gegen das Volk geplant sind, zu enthüllen, werden wir nach wie vor zur Kenntnis des Volkes bringen. Das ist unser gutes Recht und unsere Pflicht.

Uns dem Massenhaufe.

Das Dreiklassenhaus willigte am Vornabend der Nachtragsatz. Der 61 Ministerium für Arbeit und Wohlstand zur Vereinfachung der Verrechnungen im Westen bereitwillig und eine Erhöhung des Unterzeichnungsbeitrags für die Arbeiter. Dies gab dem Genossen Ströbel Anlaß, die ihm letzten abgeschickten Entwürfen auf die Neben der Vereinfachung der Haltung des Zentrum bei der Beschlusordnung nachzugehen. Ströbel wies darauf hin, daß der Vorkämpfer wenigstens eine Zulage von 100 Mk. für die unteren Beamten für notwendig erklärt hat und unser Redner forderte das Zentrum auch, doch wenigstens eine Teuerungszulage in dieser Höhe zu bewilligen. Aber man war nicht in der Stimmung, über die Not der Beamten zu reden und bewilligte lutzend den Nachtragsatz. Dann wurde die zweite Lesung des Nachtragsatzes abgelesen und hierauf folgte eine sehr ausführliche Rede des Staatsregierers, einige Verbesserungen des Gesetzes gegen die Rechte der Arbeiter, die Erziehung des Landrats als Entscheidungsbefugnisse für Torgebietung in den kleineren Städten durch die Kreispolizeibehörde, die Anordnung, daß der Bezirksausbau in öffentlicher mündlicher Verhandlung entschieden wird und insbesondere die ausdrückliche Befristung des Gesetzes auf die Provinz Hannover, und die Streichung des Rechtes der Regierung, den Geltungsbereich des Gesetzes durch bloße Verordnung auf weitere Provinzen zu erziehen. Der Rest der Sitzung wurde durch die Besprechung der Notlage der Realfrucht in Stadt und Land ausgereicht. Genosse Vorhardth schilderte die geradezu tolle Wirtschaft, die auf dem Grundstücksmarkt und im Häuserbau eingetreten ist und kam aus der Betrachtung eines Jubilars, der den Schacher mit Grund und Boden scharfenlos getrieben, als ob es sich um Lumpen handeln würde, zu der sozialistischen Forderung der Überführung des gesamten Grundbesitzes in den Besitz der Allgemeinheit, wodurch auch die Terrain speculation endlich besichtigt werden würde. Der Vortrag wurde auf Unterbrechung durch Jubilars wurde einstimmig angenommen.

Am 18. Januar beginnt die zweite Beratung des Etats.

Rein „politischer Verein“

Am 19. Oktober vorigen Jahres wurde dem Vorsitzenden des Bauhandwerker-Kartells durch ein Schreiben eröffnet, daß das Kartell als ein politischer Verein in die Reichsvereinsliste eingetragen werden solle. Inzwischen wurde dem Kartell entgegen, bis 2. November die Sitzungen des Kartells sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen, widrigenfalls er in eine Zwangssprache von 10 Mk. oder zwei Tage Haft genommen werden sollte. Gegen diese Verfügung wurde rechtzeitig Beschwerde beim Regierungspräsidenten in Bielefeld eingeleitet und nach herrschender Monatlang Ruhe über den Gemüßen. Jetzt endlich, am 17. Januar, wurde dem Kartellvorsitzenden von der Polizeiverwaltung in Lauban ein Schreiben zugehelt, in dem es heißt:

Auf die an den Herrn Regierungspräsidenten in Bielefeld gerichtete Beschwerde vom 29. 10. Oktober 1912 gegen unsere Verfügung vom 16. 10. Oktober 1912 — RG. Nr. 5592 — teilen wir Ihnen mit, daß mit dieser Verfügung zu widerrufen wird. ... Auf unsere weitere Ermittlung, feinen im Rahmen des § 3 des Reichsvereinsgesetzes, ergebend haben, daß das Kartell ein politischer Verein im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 ist. ...

Der Polizeiverwaltung von Lauban wird es wohl recht schwer geworden sein, diese Zurückzieher zu machen, wenn man bedenkt, daß der Erlaß auf Bemühungen beruht, die seit mehr als Jahresfrist wahrnehmbar waren.

Kriegereinsturms gegen Freisinnige.

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete und Stadterbörse Hartz und der freisinnige Stadterbörse Hartz in Dessau mußten aus dem Kriegereinsturm austreten. Herr Hartz wird er sehr bedauert ist, das Zusammengehen der Fortschrittlichen Volkspartei mit der Sozialdemokratie bei der Stadterbörsewahl angehängt zu haben, und Herr Hartz wird er ebenso bedauert ist, bei der Stadterbörsewahl der freisinnigen Volkspartei mit der Sozialdemokratie bei der Stadterbörsewahl angehängt zu haben, und Herr Hartz wird er ebenso bedauert ist, bei der Stadterbörsewahl der freisinnigen Volkspartei mit der Sozialdemokratie bei der Stadterbörsewahl angehängt zu haben.

Die Veranlassung des Liberalen Vereins Kaiser Friedrich in Dessau gegen Herr Hartz in einem Vortrag über das Thema: Kriegereinsturm und Liberalismus nach einem Bericht des freisinnigen Anhaltischen Tageblattes folgendes: „Er habe seit 30 Jahren dem Kriegereinsturm als patriotischer Mann angehört, lediglich um seine Pflicht als ehemaliger Soldat und fähigster Staatsbürger zu erfüllen. Man sollte nicht glauben, daß man einen Mann nur wegen seiner politischen Ansicht und jeweiligen Stellungnahme nach Lage, daß es vom dem Wohlwollen der Mitglieder versammelt abhängig gemacht werden solle, als der Betreffende auch nicht mehr in Mitglied des Kriegereinsturms bleiben dürfte, oder nicht. Eine förmliche Ingerichtigkeit könne man nur solche Verengung nennen. Und nimmer würde ein liberaler Mann nach dieser Tatsache Mitglied eines Kriegereinsturms sein können.“

Die Veranlassung nahm hierauf eine Resolution an, in der dagegen protestiert wird, daß Kriegereinsturm von ihrer Leitung zu politischen Zwecken gemißbraucht werden, und in der der Eintritt liberaler Männer in die Kriegereinsturm bebaut und gefördert wird, daß alle liberal gesinnten Männer ihren Austritt den Kriegereinsturm erklären.

Deutsches Reich.

— Brutale Vernichtung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinderäte. Nach dem Reichsgesetz vom 17. Juni 1900, dessen Einwirkungsjahr in 40 Jahren von 1900 auf jetzt 40 Jahre ist, befähigt die Vereinigung von Preußen mit der Stadt Berlin. Verschiedene Gründe sind für den Entschluß maßgebend, ganz besonders aber sind es Verfassungsgründe. Auch die Stadt Berlin freibt sich längerem die Eingemeindung von Preußen an, da sie einen Grundbesitz u. a. auch die großen Eisenbahnen — in der Gemeinde von Berlin. Die Stadt Berlin hat sich mit der Vereinigung des Reiches von Preußen, hat aber das Erlassen des Oberbürgermeisters Vermuth um Aufnahme von Verhandlungen über das Ausschneiden Preußens aus dem Reich Teilo ab-

hat un...
bingal...
Krisis...
Wahr...
haben...
Minist...
— G...
logie G...
herigen...
Schwab...
erkhält...
Schrift...
sommi...
Agrar...
Ergeb...
Zentra...
319 f...
folgen...
geruch...
Met, M...
Dr. M...
Un C...
Wehr...
Erbau...
Wahlf...
Wahlf...
Ausfu...
Schiff...
Wieder...
wohl...
zum...
— Spr...
Boll...
mehr...
Klein...
Herrn...
Friedr...
Nacht...
— U...
länger...
polizei...
und d...
die Un...
Jugend...
fuchung...
vor de...
der Mo...
fome...
mann...
haben...
neben...
dem...
es größ...
es größ...
mei...
der Selbst...
Leiter...
— Geg...
— S...
fassung...
zum...
S. Nag...
und...
auf...
Höhe...
von jet...
ordn...
— Bah...
die pol...
Wahl...
den V...
größte...
Partei...
gange...
die un...
— Ich...
wollen...
Gen...
Def...
berauf...
und...
ein be...
dung...
des G...
gefesse...
— d...
h...
h...
sich...
f...
ford...
demof...
müßi...
bereit...
der A...
tion n...
Linie...
Bürge...
garr...
zu G...
— Ma...
wer in...
sich...
der...
— Un...
der G...
auch...
tung...
Frak...
nehr...
Die...
f...
Dr...
ber...
re ch...
— Der...
Dente...
daß...
a...
B...
d...
—

Die Getreidebörse.

Eine Geschichte aus Chicago von Frank Norris.

„Ich bin Franklin Deurborn.“ begann Laura von neuem, „und ich glaube, Sie kennen mich als Schwester Page.“ Durch die Art ihres Auftretens wußte sie bei ihm den Eindruck hervorzurufen, als ob sie als eine idyllische Veleidigung auffassen möchte, oder er ihre Schwester nicht kennen würde oder es sich gar einfallen ließe, sie für ausdrücklich zu halten. Sie hatte ihm den misstrauischen Blick, als betrug durch sie sich irren, nicht wogegen er auch sollte zu lächeln.

Franklin Page — eine Schwester, Franklin Page Deurborn? Geht, ich kenne sie.“ entgegnete er. „Und Sie haben auch gearbeitet.“ Wie bedauerlich!“ Und dann beging er die Ungeduldigkeit, hinzuzufügen: „Ich wußte nicht, daß Sie heute auch hier sein würden.“

„Nein.“ entgegnete Laura schlagfertig, „ich wußte nicht, daß Sie heute auch mit uns zusammenkommen sollten — bis Page es mir sagte.“

„Sie gab den Hirnwortern eine leichte Betnung, die für ihn hindereidentlich wurde; er fühlte die Zurückweisung. Wie hätte er nicht zu sagen vermocht, und ebensowenig wußte er, wußte er, daß er sich diesen Worten ergeben hatte; aber sah, daß er ein gewisses Maß von Ansehen für sich und für die Frau hatte. Wer war sie denn, dieses schlanke, schone junge Mädchen mit dem ersten, von seinem Ansehen erhellten Gesicht, diese Dame, die ihm durch ihr sicheres Auftreten verwirrt und so tat, als ob er für das Mädchen ein Fremder wäre? Sie hatte die Augen so tief in den Schatten gesenkt, daß sie in der Augenblicke so sehr nach dem Blick zu blicken mochte? Sie hatte etwas sehr Aufregendes an sich; wodurch konnte er sie mir bedauert haben? Wenn er sich ihr vorgehelt, sich ihr aufgedrückt haben würde, so hätte sie nicht zurückzuhalten, nicht hochmütig sein können.“

„Ich dachte, Sie könnten vielleicht telephonieren.“ warf sie hin.

„Angelächelnd haben sie kein Telephon.“ entgegnete er. „Das feste allem die Krone auf — die Cretlers hatten kein Telephon.“ Sie hatte ganz den Eindruck, als ob er dafür auch verantwortlich gemacht würde. In seiner Ausdrucksweise hatte er einen Augenblick daran, auf die Straße zu blicken, und vordringend einen Seitenblick zu werfen, der Cretler einen Bittel mit dem Ersuchen um Aufklärung bringen sollte; wußte er nicht gerade ruhiger, als Laura in diesem Ton erklärte: „Es scheint mir, daß etwas getan werden sollte.“

„Ich weiß nicht.“ erwiderte er hilflos. „Ich glaube, man kann nicht anders tun, als warten.“ Sie werden sicher kommen.“

Wang ihres Namens sein lebhaft hassen.“ Dann aber rief sie plötzlich voller Freude: „Endlich, endlich — es war aber auch die höchste Zeit!“

Die Cretlers und der Rest der Gesellschaft — zwei junge Männer — waren erklärten; Page und die Tante gingen den Vorbereitungen entgegen und hörten gerade noch, wie Frau Cretler — eine elegante alte Dame in einem wunderbar, hermelinbesetzten Umhänge und mit gepuderten Haar — aus vollem Halse und mit einer Bestimmtheit, als ob sie damit das letzte Wort sagen wollte, die Erklärung abgab: „Die Bräute war gerecht!“

Die Cretlers wohnten nämlich auf der Nordseite. Der Vorstellung ist nicht möglich erzieht zu sein, wie man eine Tante ausrichtet; Page und Tante Weiß wurden mit jedem bekannt gemacht, der dabei vertrieht, daß er sich des Frauleins von einem früheren Zusammenreffen her genau erinnerte. Die beiden jungen Männer waren gute Bekannte der Schwefelers Deurborn und ihrer Tante. Page und Laura fanden mit einem ihnen bekannten zu freundschaftlichen Beziehungen, daß sie ihn heim Wortnamen nannten. Landru Court, so hieß der frische, junge Mann, hatte eben erst das dreißigjährige Lebensjahr vollendet; er gehörte der Beamtenfamilie der großen Mutterfamilie Mutter. Converte u. Co. an, Landru war ein außergewöhnlich hübscher Mensch, nicht gerade groß, aber schmal und schlank, reich in Blick und Tat und ebenso gutmütig wie freundlich. Er hatte blondes Haar und Wangen so munter und lebhaft wie die eines Terraces. Man würde beim ersten Anblick sein Freund; er gehörte zu den seltenen Mächtigsten des Glüdes, die Männern wie Frauen wohlgefallen. Die blühende Wohlstandsfrage, der muntere Misch liegen auf die Gesundheit des Körpers wie der Seele schlichen, und Landru Court war in der Tat ein glücklicher Mann. Er hatte ein freimütiges, offenes herziger Mensch von ausgeprägtem Ansehen und einer bis zur Schwärmerlei getriebenen Begeisterungsfähigkeit; nicht bis zu seinem achtzehnten Lebensjahre hatte er den brennenden Wunsch gehabt, Präsident der Vereinigten Staaten zu werden.

„Ja, ja.“ sagte er zu Laura, „die Bräute war gerecht. Das ist gegen die Vorberit. Wir mußten warten, bis sie drei Schleppepässe durchgelaufen hatten. Soweit ich weiß, sind nur zwei auf einmal erlaubt. Und wir mußten drei abwarten. Landru, drei, denken Sie nur! Ich werde der Sade moraten auf den Boden.“ Er sagte: „Sie sind bereit!“

„Mit gewichtigen Sophisten beschäftigte er den Ernst seines Vortrages.“

„Aur.“ sagte Cretler und stellte sich an die Spitze seiner Frau, „wollen wir nicht hineingehen?“ Ich fürchte, Laura, wir haben die Dubercker verläßt.“

„Laura auch, ich würde sagen, wie wenn sie sagen wollte, daß das nicht mehr zu ändern wäre, und trat mit den anderen an die Spere.“

Cretler, groß, bager, bärig und mit gewölbten Schultern, zeigte in seinem Uebern die bei Lincoln besonders ausgeprägte Eigenart des mittleren Westens; den älteren, Deurbornischen Mädchen war er entgegen. In der letzten Zeit, die nimmermehr feil dreißig Jahre zurücklag, war er ein bäriger gewesen, und der Müller Deurborn hatte Cretlers Getreide ge-

Die Note der Mächte.

Die von den Vorkämpfern in Konstantinopel der Fortie übergebenen gemeinsame Note hat folgenden Wortlaut: Die unterzeichneten Vorkämpfer von Österreich-Ungarn, England, Frankreich, Russland, Deutschland und Italien sind von ihren Regierungen beauftragt worden, Seine Excellenz den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans die folgende Mitteilung zu machen: In dem Wunsch, der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vorzugehen, glauben die genannten Mächte die Aufmerksamkeit der kaiserlich-ottomanischen Regierung auf die schwere Verantwortung lenken zu sollen, die sie auf sich nehmen würde, wenn sie entgegen den Ratshlägen der Mächte die Wiederherstellung des Friedens verhindern würde. Sie würde es nur sich selbst aussetzen haben, wenn die Fortsetzung des Krieges zur Folge haben würde, das Schicksal der Hauptstadt in Frage zu stellen und vielleicht die Feindseligkeiten auf die asiatischen Provinzen des Reiches auszudehnen. In diesem Falle wird sie nicht auf den Erfolg der Bemühungen der Mächte rechnen können, sie vor den Gefahren zu bewahren, denen sich auszuweichen sie ihr bereits widerstreben haben und aus weiter abreden. Die Dinge liegen, wird die kaiserlich-ottomanische Regierung nach dem Friedensschluß des moralischen und materiellen Leidens der europäischen Großmächte bedürfen, um die Schäden des Krieges wieder gut zu machen, ihre Stellung in Konstantinopel zu festigen und die weiten asiatischen Gebiete in guten Stand zu setzen, deren Gedeihen ihre wirksame Stärke bilden wird. Um dieses notwendige Werk zu unterstützen und durchzuführen, würde die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans auf die Wirksamkeit der wohlwollenden Unterstützung der Mächte nur dann rechnen können, wenn sie ihren Ratshlägen folgen wird, die von den allgemeinen Interessen Europas und denen der Türkei eingeleitet sind.

Unter diesen Umständen glauben die europäischen Großmächte gemeinsam der kaiserlich-ottomanischen Regierung anzuempfehlen, den Rat, geben zu folgen, der durch die Mächte in der gemeinsamen Note an die Kaiserliche Regierung ausgedrückt und den Großmächten die Sorge zu übertragen, über das Schicksal der Inseln des Ägäischen Meeres zu befinden.

Gegenüber diesen Zugeständnissen würden die genannten Mächte es sich anlegen lassen, den Schutz der muslimanischen Interessen in Adrianopel und die Achtung vor den in dieser Stadt befindlichen Moscheen, religiösen Gebäuden und Grabsstätten zu sichern. Ebenso würden sie dahin wirken, daß bei der Lösung der Frage der Inseln des Ägäischen Meer die Drohung für die Sicherheit der Türkei ausgeschlossen ist.

Die Norddeutsche Allgemeine Ztg. gibt zu der Note die Versicherung ab, daß sie nicht auf Ausübung eines Zwanges gerichtet sei. Weiterhin, durch die ein Herausretren der Mächte aus ihrer Neutralität eingeleitet werden könnte, seien nicht angeht. Insbesondere enthält die Note keinen Hinweis auf eine Demonstration der Großmächte in türkischen Gewässern.

Die Aufnahme in der Türkei.

Konstantinopel, 19. Januar. Die türkische Presse kommentiert heute sehr zurückhaltend die Note der Mächte, in der sie eine Drohung Europas zu erkennen glaubt. Jidam fängt, die Worte müßte in ihrer Antwort die gefährliche Lage des Landes in Rechnung ziehen, denn bei Wiederaufnahme der Feindseligkeiten würde die Türkei sich nicht nur den Balkanverbindungen, sondern einem verbündeten Europa gegenübersehen. Wenn die Fortie dem Rat der Mächte folgen wollte, müßten die dahingehenden diplomatischen Schritte schnell erfolgen, weil, wenn während einer längeren Korrespondenz Adrianopel kapitulieren sollte, die Mächte von jedem Engagement zugunsten der Türkei entbunden sein würden. Die Türkei würde dann großen Gefahren ausgesetzt sein. Sie müßte ein Arrangement zu treffen suchen, solange die Mächte noch an die übernommene Verpflichtung gebunden seien. Man müßte nicht dem Zuge des Herzens, sondern dem Verstand gehorchen. Sabah veröffentlicht eine Erklärung eines früheren Diplomaten, der unter anderem sagt: Seit der Lieberklärung der Note hat das Wort Neutralität einen anderen Sinn erhalten. Bisher legte die Neutralität aus der Diplomatie Beschränkungen auf. Der Schritt der Mächte hat dieses Prinzip umgeworfen.

Die türkische Antwort.

Nach einem Privattelegramm des Verf. Jofafang, hat die Antwort der türkischen Regierung auf die Gesamtnote der europäischen Großmächte folgenden Wortlaut:

„Dem ethnographischen Standpunkte aus, sind die Bulgaren im Willekt Adrianopel in Minderheit, nicht nur zu den Mohammedanern, sondern auch zu den übrigen Christen. Adrianopel hat sich bisher gehalten und wird sich weiterhin halten. Seine Aufgabe würde das Kalifat schwer schädigen, weil sich dort heilige Gräber befinden. Ferner ist es der Schlüssel zur Hauptstadt. Seine Aufgabe gefährdet die Existenz des ganzen Reiches. Aus diesen Gründen kann Adrianopel nicht abgetreten werden. Die Mächte bitten die Großmächte, eine ähnliche Demande, wie bei ihr, bei den Balkanstaaten zu unternehmen, um ohne die Existenz des Reiches zu gefährden, eine Basis für eine Verständigung zu finden, die die Fortie eine Einigung christlich wünscht. Sie ist selbst zu neuen Opfern bereit, um zu diesem Ziele zu gelangen. Bezüglich der Inseln können diejenigen an der asiatischen Küste keinesfalls abgetreten werden, dagegen ist man bereit, über die anderen zu verhandeln.“

Diese Antwort soll keinesfalls vor Dienstag überreicht werden.

Konstantinopel, 20. Januar. Die Fortie meldet, wie die Fortie in der Antwortnote erklären, daß sie sehr für eine verständliche Haltung sei und daher die Bemühungen der Mächte zur Aufrechterhaltung des Friedens überaus würdige, daß es ihr aber unmöglich sei, auf die Inseln zu verzichten, die im Zusammenhang mit Asien ständen, noch auf Adrianopel und was dazu gehörte. Aus Achtung gegenüber den Inseln wollte die Fortie aber ein letztes Opfer bringen und würde in Verhandlungen eintreten über eine neue Grenze dießseits derjenigen, die bereits vorgeschlagen sei und die der Türkei Adrianopel und was dazu gehörte, belassen würde. Wenn gegenüber diesem Opfer die Verbündeten nicht ebenfalls Opfer bringen

wollten, werde die Verantwortung für die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht auf die Fortie, sondern auf die Verbündeten fallen.

Konstantinopel, 20. Januar. Nach sicheren Informationen soll sich fast der gesamte Ministerrat für die Fortie ausgesprochen haben. Nur einige Minister hätten für den Krieg gestimmt, seien aber in der Minderheit geblieben. Die Stimmen aus dem Volk, die für den Frieden sind, mehren sich. Man erwartet in der nächsten Bevölkerung mit aller Bestimmtheit einen baldigen Friedensschluß.

Ein Ultimatum des Balkanbundes?

Nach einem Telegramm der Berliner Nationalzeitung aus Sofia verlautet dort bestimmt, daß die verbündeten Balkanmächte der Fortie, für den Fall, daß ihre Antwort auf die Kollektivnote der Vorkämpfer unbefriedigend ausfällt, sofort ein Ultimatum überreichen werden, dem die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten (?) als bald folgen würde, wenn die darin ausgesprochenen Forderungen keine Erfüllung finden.

Eine griechisch-türkische Seeschlacht

hat am Sonnabend zwischen Tenedos und Lemnos stattgefunden. In Athen wird amtlich von dem Kampfe folgende Darstellung gegeben: Die türkische Flotte lief aus der Meerenge aus und dampfte in südlicher Richtung nach der Insel Tenedos, wo sich die Schlacht mit der griechischen Flotte entspann. Der Kampf dauerte zwei Stunden. Darauf fuhr die türkische Flotte, von der griechischen verfolgt, nach den Dardanellen zurück. Lieber die Verluste des Feindes sind noch keine bestimmten Nachrichten hierher gelangt.

Konstantinopel, 20. Januar. Ein türkisches Communiqué besagt: Der Kampf zwischen Tenedos und Lemnos dauerte mehrere Stunden. Auf beiden Seiten waren die Verluste beträchtlich. Die türkische Flotte ist unverletzt zurückgekehrt.

Am Nachmittag ist das Transportschiff Reichs Posten nach Athen abgegangen, das 70 Verbundene auf der Seeschiff bei Lemnos an Bord hatte.

Verbandsstag des Deutschen Bauarbeitersverbandes.

kr. Jena, 17. Januar.

Fünfter Verhandlungstag.
Ueber den Punkt Jugendorganisation im Deutschen Bauarbeiterverband referierte Löffler-Samburg. Er begründete eingehend vom Vorstand vorgeschlagene Bestimmungen für die Gründung von Jugendabteilungen. Die Vorschläge gehen dahin: In jedem Zweigverein, und wo es notwendig ist, auch in jeder größeren Zahlstelle des Deutschen Bauarbeiterverbandes, sollen für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter des Bauergewerbes Jugendabteilungen gebildet werden. Der Zweck der Jugendabteilungen ist Unterweisung der Jugendlichen in den gewerkschaftlichen Grundbegriffen, Schutz der Jugendlichen vor übermäßiger Ausbeutung und roher Behandlung im Arbeitsverhältnis, Belehrung in beruflichen Angelegenheiten, Erziehung und Pflege des Bildungstriebes und Pflege der Geselligkeit.

Mitglieder der Jugendabteilung kann jeder Lehrling und jeder Arbeiter des Bauergewerbes über 17 Jahren werden. Der Eintritt ist frei; dem Eintretenden wird ein Mitgliedsbuch ausgeschrieben. Der Austritt kann zu jeder Zeit durch einfache Erklärung erfolgen. Die Mitglieder der Jugendabteilung zahlen einen Beitrag von 10 Pf. pro Woche zahlen, und zwar für 44 Wochen im Jahre. Für Mitglieder, die in keinem Lehrverhältnis stehen und deren Lohn mehr als 25 Pf. pro Stunde beträgt, erhöht sich der Beitrag auf das Doppelte. Dem Beitrag befreit sind Jugendliche, die in einem Kalenderjahr länger als acht Wochen arbeitslos oder krank sind, für die über 44 Wochen hinaus arbeitslos sind, die in keinem Lehrverhältnis stehen und durch einen Kontant arbeitslos werden, eine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Außerdem kann der Verband den Mitgliedern der Jugendabteilung Rechtschutz bei solchen Rechtsstreitigkeiten gewähren, die sich aus dem Lehr- oder Arbeitsverhältnis ergeben.

Nach beendeter Berichterstattung sind 17 Lebensjahre sollen die Mitglieder der Jugendabteilung in den Zweigverein übertritten. Der Lebertritt geschieht kostenlos, wenn er innerhalb der nächsten vier Wochen nach Beendigung der Lehrzeit beim, nach Vollendung des 17. Lebensjahres vollzogen wird. Den rechtzeitig in den Zweigverein übergetretenen Mitgliedern der Jugendabteilung wird der Mitgliedsbeitrag voll angedreht, jedoch mit der Maßgabe, daß sie die ihnen hieraus zurechenbaren Unterhaltungsgebühren der Straftat, Arbeitslosigkeit und Lebensfall erst dann voll beanspruchen können, wenn sie ein weiteres Jahr dem Zweigverein angehört haben. Bei eintretenden Unterhaltungsgebühren vor Ablauf dieses Jahres ermäßigt sich die Streifenunterstützung auf den Kinderbeitrag der betreffenden Beitragsstufe, alle übrigen Unterhaltungsgebühren auf den niedrigsten Unterhaltungsbeitrag im D. B. A. werden die vorausgehenden Mitgliedsjahre in der Jugendabteilung, je 44 Beiträge, als Verbandsjahre gerechnet.

Die Verwaltung der Jugendabteilung wird besetzt durch eine vom Verbandsvorstande ernannte Jugendkommission, die die Jugendabteilungen auf den niedrigsten Unterhaltungsbeitrag hat aus ihrer Mitte einen Mann zu wählen, der die Abteilung nach außen und im Verkehr mit den Verbandsführern vertritt. Sie hat die Einlieferung der Beiträge zu regeln und alle Verhandlungen vorzubereiten, die zur Gründung des Organisationsbundes notwendig sind. Darunter sind zu verstehen: Vorträge über gewerkschaftliche, berufliche, nützlichkeits- und literarische Gegenstände, Besuche von hochvortragenden Bauwerkern, Museen, Sammlungen und Theatern, Ausflüge usw. Um den Jugendlichen die Teilnahme an diesen Veranstaltungen zu erleichtern, hat die Jugendabteilung eine Sparschneise einzurichten.

Zur Referent schloß mit dem Wunsche, der Verbandsstag wolle der Vorlage des Vorstandes möglichst einmütig und ohne Diskussion zustimmen. (Beifall.)

An das Referat schloß sich eine kleine Debatte, in der die Wagnere-Wunden keine Freunde über die Vorlage aussprachen. Erregte an der Grundbesitz soll periodisch eine besondere Beilage

für die Jugendbünde herausgeben. Diese könnte sehr zur Erleichterung der Agitation für die Jugendbünde dienen. Hebbauer sprach sich für die Jugendbünde aus, die Resolution wolle diesem Wunsch insofern nachkommen, als sie beabsichtigte, das Beileiten des Grundbesitzes entsprechend zu erweitern. Der Verbandsstag nahm fast einstimmig die Vorschläge des Vorstandes an.

Eine Vorstandsbeschlusse über die Einführung einer

Veränderung der agitativer tätigen Mitglieder begründete Paeplow-Samburg. Nach dieser Vorlage will der Vorstand für seine im Verband tätigen, nicht angestellten Mitglieder und seine angestellten Unterhaltungsstufe erstreiten, wie das der Fabrikarbeiterverband im Vorjahre als erste deutsche Gewerkschaft getan hat. Die Kasse soll ohne besondere Vergütung von dem Verbandsvorstand verwaltet und getrennt von der Verbandskassapflicht geführt werden. Unterhaltungen aus dieser Kasse soll getrennt werden:

- a) an Mitglieder, die im Dienste der Organisation einen ihre Gewerkschaften Unfall erlitten haben, auf die Dauer der Erwerbsunfähigkeit;
 - b) an Mitglieder, die infolge der unter a) bezeichneten Umständen dauernd erwerbsunfähig oder erwerbsbeschränkt geworden sind;
 - c) an Hinterbliebene solcher Mitglieder, deren im Dienste der Organisation erlittener Unfall den Tod zur Folge hatte;
 - d) an Angehörige des Verbandes, die dem Verbandsrat für die Unterhaltungsvereinbarung der in der Arbeiterbewegung tätigen Angehörigen nicht ausgelassen werden, wenn sie infolge Alters oder Invalidität dienstunfähig geworden sind;
 - e) an Hinterbliebene der unter d) genannten Angehörigen.
- Ein weiterer Zweck der Unterhaltungsstufe ist die Unterstützung der Angehörigen des Verbandes, die dem Verbandsrat für die Unterhaltungsvereinbarung der in der Arbeiterbewegung tätigen Angehörigen nicht ausgelassen werden, wenn sie infolge Alters oder Invalidität dienstunfähig geworden sind;
- Die erforderlichen Mittel zur Durchführung der Unterhaltungsstufe sollen aus Beiträgen der Verbandskassapflichte und aus Beiträgen der Angehörigen aufgebracht werden.

Die Verbandskassapflichte zahlt einen Gründungsfonds von 2000 Mk. in die Unterhaltungsstufe und leistet an laufenden Beiträgen die Hälfte der Kassapflichteinnahme aus den regelmäßigen Verbandsbeiträgen (von je 1000 Mk. Verbandsbeitrag 2 Mk.). Die Angehörigen des Verbandes zahlen persönlich Beiträge, und zwar 2½ Prozent ihres Gehaltes.

Nach kurzer Diskussion, in der die Gründung der Unterhaltungsstufe bestritten wurde, stimmte der Verbandsrat der Vorlage gegen wenige Stimmen zu. Die Unterhaltungsstufe tritt am 1. Januar d. J. in Kraft. — Der Verbandsrat beschloß ferner, zwei alte invalide Mitglieder, von denen der eine von einem Arbeitswilligen schwer verletzt wurde, und der andere ein erkranktes Mitglied war, eine Unterhaltungsstufe zu bewilligen. Die Befreiung der Höhe wird dem Vorstand überlassen.

Neuregelung der Gehälter der Angehörigen.

Die Paeplow sehr entschieden und geschickt begründete. An Gehältern sollen erhalten: a) der Verbandsvorsitzende 4200 Mk., b) der Leiter des literarisch-konkurrenz Büreaus 3900 Mk., c) die sonstigen Vorstandsmitglieder und der oberste Kassapflichte 3600 Mk., der Kassapflichte 3300 Mk., d) die hauptamtlichen Mitarbeiter des Vorstandes im Verbandsbureau 2400 bis 3000 Mk., f) die Zweigvereinsbeamten (Geschäftsführer und Kassierer): der Verbandskassierer 3 300 bis 3400 Mk., der Verbandskassierer 3 und 4 2000 bis 2700 Mk., der Verbandskassierer 5 und 6 2400 bis 3000 Mk., g) Zweigvereinsbeamte sollen berechtigt sein, über die hier normierten Sätze hinauszugehen und in allen Klassen die Gehälter ihrer Beamten zu erhöhen; jedoch soll weder das Gehalts- noch das Gehalt der Zweigvereinsbeamten das Gehalt der Verbandskassierer überschreiten. Für die Berechnung der Gehälter ist der Betrag maßgebend, den die Mitglieder im letzten Jahre in dem betreffenden Zweigverein zahlt. In den Fällen d, e und f bleibt das Gehalt während der beiden ersten Jahre der Amtsdauer bzw. Dienstleistung auf der Anfangsstufe und steigt dann jährlich um 100 Mk. bis zum sechssten Jahre. Die Zustimmung des Verbandsvorstandes können Zweigvereinsbeamte in besonderen Fällen nachsuchen, wenn die Gehaltssteigerung angeht. In allen Fällen der Besetzung von Beamten oder Kassierern wird in der Regel für die Dauer der Straftat, jedoch nicht über drei Monate hinaus, das volle Gehalt gezahlt. Bei länger dauernden Straftaten kann der Verbandsvorstand die Fortzahlung des halben Gehaltes für höchstens weitere drei Monate gestatten und auch für Zweigvereinsbeamte event. aus der Kassapflichte amweisen. Als die Arbeitsunfähigkeit eines Beamten von längerer Dauer, so haben Verbandsvorstand und Beiträger eine weitere Entscheidung zu treffen. Die Angehörigen des Verbandes haben Anspruch auf Ferien. Es sollen gewährt werden: zum einjährigen Dienstleistung zwei Wochen Ferien, nach zweijähriger Dienstleistung drei Wochen Ferien.

Die Diskussion über diesen Punkt wurde zum großen Leidwesen vieler Delegierter, deren befristete Neben zum unter den Tisch fiel, bald wieder geschlossen. Es kamen nur zehn Redner zum Wort, die mehr oder weniger scharfen Protest gegen die Vorlage des Vorstandes einlegten. Die Annahme der Vorlage wurde eine „allgemeine Empörung“ bei den Mitgliedern hervorgerufen, sagte unter Zustimmung der Delegierten, man könne ihr unter keinen Umständen zustimmen. Doch kam dieser Redner, der einmütig die Vorlage so scharf kritisierte, zu dem Schluß, daß eine Gehaltsregulierung angebracht sei. Und dieser Ansicht verließen sich auch die meisten der übrigen Redner nicht. Doch wollten sie die Gehaltsregulierung erst auf einen späteren Verbandskongress verlagern. Nach einem Beschlusse der Paeplow, der nochmals auf die guten Gründe für eine Gehaltsregulierung darlegte, wurde schließlich die Vorlage einer Zweigvereinskommission überwiesen, die wahrheitsgemäß einen Mittelweg finden und finden wird.

Es wird nun der Bericht der Statutenberathungs-kommission entgegengenommen, der in einer 1/2 Stunden Sitzung fortgesetzt wird. Wir berichten darüber in der nächsten Nummer.

Verantwortlich für den Artikel, Vollständig überliefert, Verbandsrat, Jena, 17. Januar, Lokales Wilhelm Rosen, Franziskus-Gottl. Rosapark. — Verleger und für die Inhalte verantwortlich J. Jährg. Geschäft in Halle. — Druck der Halleischen Gewerkschafts-Druckerei (G. O. M. S. S.).

richtet werde; er schlägt als Maß für das Denkmahl den zwischen den Kämpfern, der Stein- und Magdeburger Straße vor. Der Beschlusse habe bereits innerhalb der Studentenschaft und der wichtigsten Fakultät Zustimmung gefunden; es gelte nun, ihn in weitere Kreise zu tragen.

Diese Denkmahlfeierlichkeiten hat immer mehr Bedeutung, wie der Kaiser-Friedrich-Denkmalstrummer, bei dem übrigens den Veranlasser doch allmählich die Rufe auszugehen scheint.

Das Kaiser-Theater hat sich eine neue Aufgabe gestellt und diese durchaus richtig erfüllt: Das wurde am Sonntag früh wieder einmal allgemein bestätigt durch eine Sonderverteilung, die die Arbeiter und Arbeiterinnen, was das Gebotene wurde, war interessant für jung und alt, verdient Verbreitung und Anerkennung. Früher mußte man diesen unternehmen und Bücher besorgen, um das zu lernen, was jetzt dem Publikum in einem bequemen Lebensstil in zwei bis drei Stunden trefflicher als der Weinandemonstration wird. Die Verabredung des Abends wurde in allen feinen Einzelheiten mit den neuesten technischen Einrichtungen klar und prägnant vor Augen geführt. Wer daraus sozialpolitisch die richtigen Schlüsse zieht, wird nicht vertieren, daß die technischen Fortschritte einen Teil der früheren Gefahren für die Arbeiter beseitigen, daß in dieser Schweißindustrie aber immer noch erhebliche Gefahren bestehen und die Arbeiter mehr Kapital zugute kommen ist. Bedenke man die selbstverständlich immer noch mehr zu fordernde Kahllegung der Handarbeit. — Bei der vorgeführten Herstellung von Zantlampen und von Stahlstromfäden konnte man den wunderbaren feinen Mechanismus gar nicht so schnell aufpassen und verarbeiten die er dort in seiner Komplexität beobachtet wurde. Gewiss merkte der Redner nach jeder Richtung hin zugehörig und aufmerksamer; bei Vorkesseln für Kinder würde es sich aber empfehlen, etwas weniger zu bieten. Es ist ferner richtig, daß man das Gute auch zu viel tun kann. — Der elektrische Dreimalchenpflug im Felde, die Verwendung der Hochdruckmaschinen in Steinbrüchen und die elektrische Schweißschraube zeigen die gewaltigen Kräfte, die in der Welt aufgehoben werden. Das ganze Programm ist nicht nur Kindern und dem allgemeinen Publikum, als auch besonders Metallarbeitern zu empfehlen.

Stadtkonferenz. Das Offiziersstipendium Die Generalsede von Stornowal gelangt am Dienstag 24. Male zur Aufsprüchung. Mittwoch wird die Oberrechenbarkeit Eva (das Fährtnadel) wiederholt. Der hiesige Kammerling Wilhelm Gerold beginnt seine dienstliche Geschäftstätigkeit in Halle am Mittwoch den 23. d. M., als Sekretär in Potsdam. Der Verkauf hat zu Gastpreispreisen begonnen. Freitag wird in neuer Einfindierung Widenbruchs Lukowski mit Herrn Albert Friedrich als Dietrich von Luipow gegeben. Sonnabend beendet Kammerling Gerold seine Geschäftstätigkeit als Don Jofé in Garmen.

Selbstmord. Ein Mann in den fünfziger Jahren ist in der Nacht zum 19. d. Mts. von der Klausbrücke aus in selbstmörderischer Absicht in die Saale gesprungen und ertrunken. Der Name ist nicht bekannt und die Leiche noch nicht gefunden.

Misfälle. In einem Schanzenlokal in der Palaststraße sah ein Werkmeister in idiosyncratischer Weise einen Schloffer an. Dieser fielen beide bei. Der Werkmeister brach den rechten Arm ab. Von der Sanitätskolonne wurde er der Klinik zugeführt. — Am Sonnabend nachmittag wurde in der Mansfelder Straße ein Hundebiß durch einen Straßendrohschiff angefahren. Hierbei wurde der Wagen beschädigt und der Hund am rechten Hinterbein leicht verletzt. Durch das Schließen des hinteren Zettes der Straßendrohschiff soll der Unfall herbeigeführt worden sein. — Am Sonnabend abend fiel infolge eines Schmalzschiffes ein Eisenhobel in der Lindenstraße vom Vorderramp eines Stadtbahnwagens auf das Pflaster. Der Mann blieb verunangelt liegen und wurde von der Krüger-Sanitätskolonne nach dem Krankenhaus transportiert. Verletzungen konnten an Ort und Stelle nicht festgestellt werden. — Bei Gr. Steinstraße 45 glitt eine Frau aus und zog sich einen Knochenbruch zu. Sie wurde mit einer Prothese nach einer Privatambulanz gebracht. Die Schuld eines Dritten liegt nicht vor.

Unfall. In der vergangen Nacht haben mehrere Studenten, die aus der Saalstraßebrücke kamen, durch lautes Schreien erheblichen Lärm erregt. Einen Polizeiergatten, der sie zur Ruhe ermahnte, beleidigten sie. Einer von ihnen, sich nach Verlassen eines Straßenbahnwagens die Abkühlung bewußt, er wurde vom Schaffner vom Wagen geworfen. — Gestern Abend haben mehrere junge Mädchen auf der Neuen Promenade dadurch großen Lärm erregt, daß sie durch fortwährendes Klappen gegen die Türen und Fenster des Versammlungssaales der Heilmarme deren Gottesdienst störten. Wenn Erbknecht eines Polizeibeamten ergriffen ist die Mündel.

Die Feuerwehre wurde nach dem Güterbahnhofe gerufen, wobei in der Wohnung eines Gütervorstehers ein Weibchen nach Brand geraten war. Der Schaden ist unbekannt. Heute früh gegen 5½ Uhr wurde der Feuerwehre über Leipziger Straße 5 unbekannter Weise in Tätigkeit gesetzt. Der Täter ist nicht ermittelt. — Zur Abkühlung eines Eisenbrandes wurde die Feuerwehre nach Börmilcher Straße 5 gerufen. Der Schaden ist gering. Einwohner hatten das Feuer bereits ziemlich gelöscht.

Böllberg-Wärmelk. Sozialdemokratischer Verein. Am Mittwoch, den 22. Januar, abends 9½ Uhr, findet im Gaihof zu Börmilch die Mitgliederversammlung der Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins statt. In derselben ein Vortrag des Genossen R. Strauß. Dabei werden die Aufgaben der politischen Organisation gehalten wird, so ist ein recht starker Besuch erwünscht.

Mölan. Arbeiterhilfe. Um sich ein paar Groschen mit zu verdienen, hat die Frau eines Arbeiters Aufwartungen übernommen. Die beiden 3 und 5 jährigen Kinder sind sich nun bei Abwesenheit der Mutter selbst überlassen. Da die Frau aber doch für ihren Mann Essen besorgen muß, hat sie am Sonntagmorgen die Kinder mit sich genommen. Der fünfjährige Knabe hat nun nach Weggang der Mutter so tüchtig nachgehaut, daß das Fleisch im Topfe brannte. Durch das Schreien der Kinder herbeigelaufene Hausbewohner löschten das Feuer und retteten die Kinder vor Erstickungsgefahr.

Schulanmeldung. Am Donnerstag, den 23. d., nachmittags 8 Uhr, sollen die zu diesem Schuljahr Kinder in der neuen Schule gemeldet werden. Bei der Anmeldung ist Impfschein und Geburtsurkunde erforderlich.

Aus den Gerichtssälen.

Wegen Jagdvergehens wurden ein Arbeiter und ein Maurer aus Neudorf zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Sie geben zu im Monat November v. J. in den Büren von Neudorf, Holleben, Schotterei und Selb mittels Schlingen auf Hasen die Jagd ausübte zu haben. An einem Abend waren 19 bis 20 Schlingen gestellt worden.

Seine Freiheitskosten belaufen hat ein 28 jähriger Arbeiter von Neudorf, der aus einer Arbeiterfamilie stammend, Geld vermag. Als er die Arbeitsstücke verkaufen wollte, und er als Täter erkannt und schuldig gemacht werden sollte, legte er sich einen falschen Namen bei und bedrohte seine Verfolger mit Todschlag. Er wurde zu fünf Monaten einer Woche Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt.

Allerlei.

Ein Millionenchwinder.

Die Subpostel Polizei verhaftete den Eisenbahn- und Baubauunternehmer Janus Vallos, welcher verschiedene Eisenbahn-Gesellschaften, bei denen er Direktor gewesen ist, sowie ins und ausländische Gebäudefirma durch Inanspruchnahme und Betrug um zusammen acht Millionen Kronen geschädigt hat. Unter anderem unterließ er für anderthalb Millionen Kronen Aktien der Temesvar-Bajaer Lokalbahn und für 2400000 Kronen Aktien der Mociolad-Eisenbahn, beide Eigentum einer englischen Aktiengesellschaft, indem er die in Depot genommenen Aktien zum eigenen Nutzen veräußerte und falschliche Bruden ließ, die er der Gesellschaft zufandte. Auch die Prager Escomptbank und die Ungarische Kassenkassenzentrale in Pest sind mit namhaften Beträgen geschädigt.

Wudapest, 18. Januar. Der verhaftete Bauunternehmer Janus Vallos hat eingestanden, daß er falsche Aktien im Betrage von 10 Millionen Kronen in den Verkehr gebracht habe und daß seine Angestellten an der Fälschung der Aktien teilgenommen haben.

Das Luftschiff Schütte-Lanz I.

Als der Luftschiff Schütte-Lanz I in Berlin sich am Sonnabend auf der Rückfahrt von einer Fahrt nach dem Südrhein befand, mußte er infolge Bruchs des Höhenleiters in Walsdorf-Süd eine Notlandung vornehmen. Der Ballon wurde dabei gegen das Dach einer Villa geschleudert und zertrümmert, der aus der Wabung der hinteren Gondel entritt ein Luftschiff, das aus der Wabung des hinteren Gondels, Armaturen und Oberleiterschiffen. Durch Manipulation des Luftschiffers batallions wurde der beschädigte Luftschiff nach der Wiesdorfer Ballonhalle geteilt.

Sturmverheerungen in Amerika.

Ein furchtbarer Sturm in einer Stärke von 180 Stundenkilometern richtete in New York großen Schaden an. Viele Personen wurden verletzt. Zahlreiche Brände nahmen bei dem herrschenden Orkan großen Umfang an.

Berlin, 20. Januar. Gestern wurde die Marz Brandenburg von einem starken Gewitter mit Hagelschlag und Schneesturm heimgesucht.

Kleines Allerlei. Sämtliche Passagiere des an der vorgeschriebenen Linie gefahrenen Dampfers Decouche sind gerettet worden. — Rotterdams Sterben. In einem Neubau in Wien wurden am Sonntag fünf rings um Kleofen, welche zur Ausbeizung der Räume aufgestellt waren,

auf abstrakte Arbeiter durch ausströmendes Kohlenoxydgas befiel und Lebens aufgefunden. Zwei waren tot, die sechs anderen reagierten auf künstliche Atmungsversuche, kamen jedoch nicht zum Bewußtsein und wurden ins Krankenhaus gebracht.

Letzte Nachrichten.

Neue Kriegsgefahr?

Paris, 20. Januar. Matin meldet aus London: Die europäische Lage ist äußerst ernst. Wenn die Türkei auf ihrer Weigerung, Tripolis abzutreten, beharrt, werden die Delegationen der Balkanstaaten ohne Zweifel die Verhandlungen abbrechen. Was wird Österreich mit seiner Million mobilisierter Soldaten tun? Wie wird die Haltung Rumäniens sein? Österreich kann einfach verlangen, daß Serbien sofort auf Albanien Bergiad einzieht. Österreich würde seine Forderung der Balkanstaatenkonferenz mitteilen. Die Obermächten der Tripolis-Entente würden die Forderung Österreichs nicht ablehnen und die Balkanstaatenkonferenz wäre damit zu Ende. In diesem Falle würde alles aus.

Die Ministerkrise in Frankreich.

Paris, 20. Januar. Ueber die Ministerkrise verläuft: Briand dürfte heute nochmals den Versuch machen, Bourgeois zur Übernahme des Portefeuilles des Neuern zu bewegen. Falls dieses, wie allgemein vorausgesetzt wird, endgültig ablehnt, würde Briand sich vielleicht an Millerand (1) wenden, der schon wiederholt seine „unvergleichliche Kompetenz“ in Fragen der auswärtigen Politik bezeugte. Nach der Demission des Kammerpräsidenten für auswärtige Angelegenheiten Louis Barthou, wird als Kandidat für den Quai d'Orsay genannt. So glaubt das Echo de Paris zu wissen, daß Briand es vorziehen würde, Barthou das Unterrichtsministerium anzubieten. Ferner heißt es, daß Briand heute neuerdings an Delcasse die Aufforderung richten werde, in sein Ministerium einzutreten. Falls Delcasse sich hierzu bereit erklären, würde ihm das Portefeuille des Krieges angeboten werden. Dem Figaro zufolge macht sich in den Kreisen des Parlaments bereits eine gewisse Spannung bemerkbar. In den verschiedenen Gruppen der republikanischen Mehrheit werde die Bildung des Kabinetts Briand sehr günstig aufgenommen. Die Aurore schreibt: Das Ministerium wird eine schwere Aufgabe durchzuführen haben. Es übernimmt die Verantwortung in einem Augenblicke, wo die republikanische Partei unheilbar gespalten scheint. In parlamentarischer Hinsicht wird die Frage der Wahlen in besondere Schwierigkeiten bieten. Der Präsident des fünftägigen Kabinetts wird die vordere Geschäftigkeit an den Tag legen müssen, wenn er verhindern will, daß diese Frage Gegenstand eines endlosen und unheilvollen Zwistes unter den Republikanern wird.

Blutiges Drama in der Kaserne.

Strasbourg, 20. Januar. Ein blutiges Drama hat sich hier bei der zweiten Kompagnie des Infanterie-Regiments 136 abgespielt. Auf einer Studie wurden Gemetere gereinigt. Der 20 Jahre alte Freiwillige Paul Werle aus Dagenau hatte sich dabei vor das Spind eines als jägherrig bekannten Soldaten gesetzt. Dieser forderte Werle auf, den Platz zu verlassen. Es kam zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf Werle vom feinem Stuhlfußmetadeben durch einen Stuhl ins Herz zu Boden gestreift wurde. Als Wundarzt diente eine Gehr, die der Wöchner beim Gemetereinigen zum Lösen einer Schraube benutzt hatte.

Seltsam. Bei einer Dynamitexplosion in dem Kitters-Gate-Bergwerk sind zwei Arbeiter und 27 Eingeborene ums Leben gekommen.

Schönheit

die beste Lilienmilchseife, von Bergmann & Co., Rasbeul, a Stück 50 Pfg. Ferner macht der Cream „Dada“ (Lilienmilch-Cream) rote und spröde Haut weiß und sammetweich. Tube 50 Pfg.

Stechenpferd-Seife

Es gibt immer noch Mütter, welche ihren Säuglingen zu viel Säugmilch geben und dadurch deren Ernährung stören. Nur durch richtige Verbindung macht man die Säugmilch zu einer ausreichenden Säuglingsnahrung, und erst der Zusatz von „Stechenpferd“ macht sie so leicht verdaulich wie die Muttermilch. 1910

Mittwoch den 22. Januar 1913:

Eröffnung meines neuen Geschäftslokals

Gr. Ulrichstr. 3

Parterre und I. Etage (früher Neues Theater, Marktnähe).

Hugo Mehab Nachf.

Die Einlösung der zu Weihnachten vorausgabten Gutscheine findet von da ab statt.

Fieber- und Bade-Thermometer.

F. Hellwig, Chirurgie-Instrumente, Badagau. 1914
Halle a. S., Scharlitzerstraße 10.
Artikel zur Krankenpflege.
Gesamt 2620. Geogr. 1581.
Ahnsteter Spezialgeschäft am Platz.

Maschgefäße.

dauerhaft, billig.
Zander, Gr. Plaus.
Mittler d. Rabatt-Export-Ver eins.
Echte Meierei-Butter
frische per Nachnahme 6 Pfd. 3.00, 12 Pfd. 5.60, 10 Pfd. 4.90.
K. Lugin, Markt 10 (Höring Schützen).

Stoff-Reste

zu Anzügen, Hosen und Rocken, neue Auswahl, empfiehlt preiswert
Hanes Zimmer, Schweinitzstr. 28
Morgen u. jed. Dienstag 2405 Schlichterstr.
Joh. Fischer, Große Dollenstraße 39.
Jeden Dienstag 2406 O. Grabau, Mansfelderstraße 3.

Erst Haecckel

Goldausgabe, Preis 1 M.
Selbstausgabe, Preis 50 Pfg.
Morgen, Dienstag 2405 Schlichterstr.
O. Knoche, 1905 Robert Franzstr. 7.

Schachspiel

Mit Anleitung zum Spielen. Das interessanteste aller Spiele.
Preis 20 Pfg.
Volks-Buchhandlung.